



Personen Fakten Trends

– Im Vatikan fand vom 6. – 27. Oktober 2019 die lange und breit vorbereitete, mit hohen – unterschiedlichen – Erwartungen verbundene **Amazonas-Synode** statt. Papst Franziskus hatte diese Sondersynode einberufen, um den mit seiner Umwelt- und Sozialenzyklika „Laudato Si“ beschrittenen Weg fortzusetzen. Das Themenspektrum umfasste: Ökologie Amazoniens, Lebensbedingungen der Indigenen (3 Millionen Menschen auf rund 7,5 Millionen qkm in 9 Staaten) und kirchliche Seelsorge. Die 263 Teilnehmer, darunter 35 Frauen, aus 9 Ländern verabschiedeten ein 45-seitiges Schlussdokument. Es enthält interessante Vorschläge, für den innerkirchlichen Bereich – der in den Medien hierzulande am meisten Beachtung gefunden hat - z.B. die Möglichkeit, in entlegenen Gegenden eventuell ältere, angesehene Familienväter zu Priestern zu weihen (ohne Verwendung des Begriffs *viri probati*). Was davon in der noch für dieses Jahr zu erwartenden postsynodalen Exhortation des Papstes aufgegriffen wird, bleibt abzuwarten. Insgesamt scheint die Amazonas-Synode den Papst gegenüber seinen Kritikern / Gegnern im Vatikan gestärkt zu haben.

– Papst Franziskus hat am 5. Oktober **13 neue Kardinäle ernannt** und damit die Internationalisierung des Kardinalskollegiums weiter vorangetrieben. Es umfasst nun (papstwahlberechtigte) Mitglieder aus 68 Ländern, bei der letzten Papstwahl 2013 waren es noch 48; aus Europa kommen 52 Kardinäle; Tonga, Papua-Neuguinea und die Kapverden sind erstmals vertreten.

– Aus Europa wurde der **Erzbischof von Luxemburg und Präsident der EU-Bischöflichen Kommission (COMECE) Jean-Claude Hollerich** (61) zum Kardinal ernannt. Hollerich gilt laut dem in unmittelbarer Nachbarschaft erscheinenden „Trierischen Volksfreund“ (4.10.2019) als Mann der leisen Töne, der sein unmittelbar dem Hl. Stuhl unterstelltes Erzbistum seit 2011 leitet und es nach dem Regierungswechsel 2013 – von den Christsozialen zu den Liberalen unter Premierminister Xavier Bettel – durch schwierige Zeiten manövriert hat. Die alte staatsnahe Kirchenstruktur musste aufgegeben werden, was einschneidende Reformen nötig machte (neue Formen der Glaubensvermittlung nach der Abschaffung des schulischen Religionsunterrichts, neue lokale Eigentums- und Finanzverhältnisse). Nach deren erfolgreicher Bewältigung übernahm EB Hollerich 2018 zusätzlich das Amt des COMECE-Vorsitzenden von Kardinal Reinhard Marx, der nicht mehr zur Wiederwahl antreten durfte. In der Europapolitik bezog Hollerich deutlich Position gegen die Abriegelung der europäischen Grenzen und in der Flüchtlingsfrage insgesamt sowie für eine Wiederbelebung der europäischen Integration. – Sein bisheriger Lebensweg scheint ihn für diese Aufgabe geradezu zu prädestinieren: Er wurde 1958 im luxemburgischen Differdingen nahe der deutschen Grenze geboren, studierte in Rom Theologie, trat 1981 in den Jesuitenorden ein (Noviziat im belgischen Namur), nach zwei Jahren in der heimatlichen Seelsorge setzte er sein Theologiestudium in Frankfurt und Tokio fort. Nach der Priesterweihe 1990 studierte er zusätzlich Germanistik in München und lehrte ab 1994 Deutsch, Französisch und europäische Studien an der Sophia-Universität der Jesuiten in Tokio, dort war er auch Seelsorger der deutschen Pfarrei („Die Erfahrung der kleinen, aber hoch anerkannten Minderheitskirche in Japan hat ... ihn immun gemacht gegen eine Haltung kirchlichen Machtanspruchs, wie sie früher vielen Luxemburger Klerikern eigen war“). Außerdem sei er, so wird berichtet, gewohnt, Gesellschaft und Religion aus einem „deutschen“ und einem französisch-laizistischen Blickwinkel zu betrachten. Es wird ihm auch ein dementsprechend großes diplomatisches Geschick nachgesagt, das in der aktuellen europäischen Lage sehr gefragt sein dürfte.

– Weiter auf der obersten kirchlichen Hierarchie-Ebene verbleibend, ist zu vermelden, dass die US-amerikanischen Bischöfe auf ihrer Herbstversammlung erstmals einen Latino zum Vorsitzenden ihrer Konferenz gewählt haben: **José Horacio Gómez (67), Erzbischof von Los Angeles**. Der aus Monterrey in Mexiko stammende Gómez leitet die mit 4 Millionen

Gläubigen größte Diözese in den USA seit 2011. Er studierte zunächst Betriebswirtschaft und Philosophie, trat während des Studiums dem Opus Dei bei, studierte Theologie in Rom und Pamplona und wurde 1978 zum Priester geweiht. Er war von 1987 bis 2000 Priester in San Antonio in Texas, wurde 1995 amerikanischer Staatsbürger, 2001 Weihbischof von Denver, 2005 Erzbischof von San Antonio und sechs Jahre später von Papst Benedikt XVI. zum Erzbischof von Los Angeles bestimmt.

In Mexiko wurde die Wahl von Gómez mit großer Freude aufgenommen. Sie ist auch von eminenter politisch-gesellschaftlicher Bedeutung, wie sich schon unmittelbar nach der Wahl zeigte: Gómez setzte sich für die rund 700.000 in den USA geborenen Kinder illegaler Einwanderer ein, die sog. „Dreamer“, die Trump abschieben möchte, worüber aber zur Zeit das Oberste Gericht verhandelt. Inzwischen beträgt der Anteil der Latinos an den 70 Millionen US-Katholiken knapp 40%; ohne sie wäre die Kirche in den letzten Jahrzehnten geschrumpft. Sie hat wegen der hohen Zahl der Gläubigen und der Bischöfe (fast 470) und aufgrund ihres vielen Geldes – die Rücklagen wurden allerdings durch Entschädigungszahlungen an Gewaltopfer stark gemindert – großen Einfluss in der Weltkirche. Der amerikanische Kurienkardinal Raymond Burke ist einer der prominenten Gegenspieler von Papst Franziskus. Die engsten Verbündeten des Papstes unter den amerikanischen Bischöfen, die Kardinäle Blase Cupich (Chicago) und Joseph Tobin (Newark), wurden bezeichnenderweise nicht in Führungsämter gewählt. Matthias Rüb von der FAZ sieht die Wahl dennoch positiv: „Grundsätzlich dürften der ‚linke‘ Jesuit Franziskus und der ‚rechte‘ Opus-Dei-Mann Gómez weltanschaulich und theologisch eher in entgegengesetzten Lagern stehen. Aber als Brückenbauer zwischen dem Papst und der amerikanischen Bischofskonferenz dürfte Gómez ... der richtige Mann zur rechten Zeit sein“ (FAZ 14.11.2019, S.8).

– Wenn wir schon in den USA sind: Dort hat am 27. Oktober Pfarrer Robert Morey von der St. Anthony-Kirche in der Diözese Charleston, South Carolina, dem katholischen ehemaligen Vizepräsidenten und möglichen Präsidentschaftskandidaten der US-Demokraten, **Joe Biden (76), die Kommunion verweigert**. Seine Begründung: „Jede Person des öffentlichen Lebens, die sich für Abtreibung einsetzt, stellt sich außerhalb der Lehre der Kirche“. Wenn jeder, der außerhalb der Lehre (!) der Kirche steht, nicht mehr zur Kommunion zugelassen wird, ...!?

– **John Henry Newman (1801 – 1890)** wurde am 13. Oktober 2019 heilig gesprochen. Newman gilt als der bedeutendste moderne Theologe des katholischen England. Newman, der mit seinem Werk von über 80 Bänden auch als „Augustinus der Neuzeit“ bezeichnet wird, war 2010 von dem ‚Augustinisten‘ Papst Benedikt XVI. selig gesprochen worden. Sein Lebensweg ist gekennzeichnet durch seine Konversion von der anglikanischen Kirche - in der er als Geistlicher und Universitätsprediger in Oxford großen Einfluss hatte, aber mit seinen Reformbestrebungen nicht durchdrang - zur römisch-katholischen Kirche, in der sein Übertritt aber auch Misstrauen und Verdächtigungen auslöste. Er wurde 1847 in Rom zum Priester geweiht und trat in den Orden der Oratorianer ein; dort gründete er das erste englische Oratorium, das er bis zu seinem Tod leitete. Sein Einsatz für eine offene Kirche, gegen die Gettamentalität, in die sich die katholische Kirche Englands zurückgezogen hatte, stieß auf viel Widerstand. „So wurde das religiöse Genie durch das Mittelmaß seiner frommen Vorgesetzten in die Untätigkeit eingesperrt und über Jahre in die dunkle Nacht der Läuterung getrieben“ (Günter Biemer). 1864 hat er eine in ganz England vielbeachtete Rechtfertigungsschrift verfasst: *Apologia pro Vita sua* (Verteidigung seines Lebens). 1879 wurde er von Papst Leo XIII. zum Kardinal ernannt, 140 Jahre danach zum Heiligen.

– **Ein Bischof gesteht Fehler ein, ein anderer erhält einen Haftbefehl:**

Der **emeritierte Hamburger Erzbischof Werner Thissen** hat in einem Interview mit der Bistumszeitung „Kirche und Leben“ eingestanden, als Personalverantwortlicher im Bistum Münster, wo er 20 Jahre lang Leiter der Hauptabteilung Seelsorge – Personal und Generalvikar war, schwere Fehler in der Missbrauchsfrage begangen zu haben. Es sei ein

„großer Fehler“ gewesen, dass er „mit den Betroffenen kaum Kontakt“ gehabt habe; die Personalkonferenz hätte Fachleute hinzuziehen müssen. Vor allem hätte es „auch einer größeren Distanz zu den Tätern bedurft“.

– Dem 2013 von Papst Franziskus zum Bischof von Orán ernannten **Gustavo Oscar Zanchetta** wurden sexueller Missbrauch und Unterschlagung vorgeworfen. Nach seinem erzwungenen Rücktritt hatte Franziskus für ihn, mit dem er seit seiner Zeit als Erzbischof von Buenos Aires 1998 - 2013 freundschaftlich verbunden ist, einen Posten in der vatikanischen Vermögensverwaltung geschaffen. Nach einer Anhörung im Juni in Argentinien ist Zanchetta nach Rom zurückgekehrt und verweigerte seither die Kommunikation mit den Behörden. Die Staatsanwaltschaft in der nordargentinischen Provinz Salta hat nun einen internationalen Haftbefehl gegen ihn ausgestellt. Auch im Vatikan wird gegen ihn ermittelt.

– **„Katholikinnen und das Zweite Vatikanische Konzil“** – Unter diesem Titel ist eine ausgezeichnete kommentierte Dokumentation erschienen, herausgegeben von den beiden Kirchenhistorikerinnen Regina Heyder (Mainz) und Gisela Muschiol (Bonn), Aschendorff Verlag, Münster 2018. Darin enthalten sind bisher unveröffentlichte Petitionen, Berichte, Korrespondenzen und Fotografien von Frauen, die schon vor über 50 Jahren auf die „Frauenfrage“ in der katholischen Kirche hingewiesen haben, in geradezu prophetischer Weise: „Nehmen Sie die Frauen ernst und für volle Glieder der Kirche, solange es noch Zeit ist, solange sie noch am Gottesdienst teilnehmen! Wenn die Frauen es erst einmal die Konsequenz daraus gezogen haben, dass sie in der Kirche dauernd negiert werden [– was heute mit Maria 2.0 zu beginnen scheint ! -], ist es zu spät“, schrieb die Theologin **Josefa Maria Münch** 1965 an die deutschen Konzilsväter. Insgesamt sieben Eingaben richtete sie an das Konzil, u.a. zu einer inklusiven Sprache im Gottesdienst und zu einer geschlechtergerechten Revision des Kirchenrechts. Zusammen mit anderen Frauen – der Schweizer Juristin **Gertrud Heinzemann**, den Theologinnen **Iris Müller** und **Ida Raming** (die in dieser Zeitschrift schon öfter zu Wort kam!) und **Marianne Dirks** – „hat sie entscheidend zu einer Sensibilisierung für die Thematik ‚Frauen und Kirche‘ beigetragen“ (Heyder). Weitere Frauen werden in diesem Zusammenhang genannt: **Helene Weber**, Bundestagsabgeordnete, **Gertrud Ehrle** vom „Zentralverband der Katholischen Frauen- und Müttergemeinschaften“, **Schwester Marianna Schrader**, Benediktinerin der Abtei St. Hildegard. Ihrer prophetischen Warnung „... ehe es zu spät ist!“ entgegneten selbst aufgeschlossene Vertreter des Episkopats mit dem ‚Gegenargument‘, die Zeit sei noch nicht reif.

– Die ehemalige Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, **Rita Waschbüsch**, die zusammen mit anderen Mitgliedern des ZdK vor 20 Jahren, nach dem Ausstieg der katholischen Kirche aus der Schwangerschaftskonfliktberatung, den Schwangerenberatungsverein „Donum Vitae - zur Förderung des Schutzes des menschlichen Lebens e.V.“ mit Sitz in Bonn gegründet hat und seitdem dessen Bundesvorsitz innehatte, hat sich aus dem Vorstand zurückgezogen. Waschbüsch war, wie der Verein insgesamt, trotz ihrer konziliant-verbindlichen Art jahrelang Anfeindungen aus der „Fundie-Ecke von Laien und von einer Minderheit der „Amtsträger“ ausgesetzt. Weniger beschönigend muss festgehalten werden, dass Donum Vitae in allen deutschen Diözesen durch einen Beschluss der Bischofskonferenz 2006 als außerhalb der Kirche stehend erklärt und kirchlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen das Engagement bei Donum Vitae untersagt wurde (bis zum Hausverbot in kirchlichen Bildungshäusern, Akademien usw.); in jüngster Zeit erhält er mehr Anerkennung auch von amtskirchlicher Seite.

Rita Waschbüsch hat den Verein zu seiner heutigen Größe geführt; er berät an über 210 Orten bundesweit und unterhält auch Online-Beratungsstellen. Ihr Ausscheiden wurde auf der Jubiläumstagung 2019 in Karlsruhe als Ende einer erfolgreichen Ära gewürdigt. Ihr

bisheriger Stellvertreter, **Dr. Olaf Tyllack** (München), wurde zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt.

– Papst Franziskus hat im November eine fast einwöchige **Reise nach Thailand und Japan** unternommen. In beiden Ländern machen die Christen nur etwa ein halbes Prozent der Bevölkerung von 69 bzw. 126 Millionen aus. In Bangkok unterstützte der Papst die thailändische Regierung in ihrem Kampf gegen die „Plage“ der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Kindern durch Sextourismus. Er traf sich auch mit dem 92-jährigen **Obersten Patriarchen der thailändischen Buddhisten Arivavongsaganana IX**. Er warb dabei für ein friedliches Zusammenleben der Religionen und übergab das Dokument „Geschwisterlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben“, das er im Februar in Abu Dhabi gemeinsam mit dem Großimam Mohammad al Tayyeb aus Kairo unterzeichnet hatte.

In Japan, dem „Land der päpstlichen Sehnsucht“ (Matthias Rüb in FAZ vom 20.11.2019) – der 30-jährige Jesuit Bergoglio hatte den Wunsch, als Missionar nach Japan zu gehen, was von der Ordensleitung aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt wurde – stand das Thema Nuklearenergie im Vordergrund. Er forderte eine nukleare Abrüstung und stellte auch die zivile Nutzung von Atomenergie in Frage, an der die japanische Regierung auch nach der Fukushima-Katastrophe von 2011 festhält.

– In der Frage der künftigen **Entschädigung für Missbrauchsoffer** sind die deutschen Bischöfe noch zu keiner Entscheidung gekommen, weder was die Höhe der Zahlungen „zur Anerkennung des Leides“ angeht, noch wie entsprechende Mittel aufgebracht werden sollen. Einigkeit besteht lediglich darin, dass diese Fragen gemeinsam mit den Betroffenen gelöst werden sollen – deshalb soll auf der Ebene der Bischofskonferenz ein „Betroffenenbeirat“ eingerichtet werden – und auch gemeinsam mit anderen betroffenen Organisationen wie der evangelischen Kirche oder aus dem Bereich des Sports.

– Der Vorschlag bzw. „Gedankenspiele“ des Missbrauchsbeauftragten der DBK, **Bischof Stephan Ackermann** von Trier, dazu notfalls Kirchensteuern zu verwenden, stieß auf breite Ablehnung. Sowohl die Vizepräsidentin des ZdK, **Claudia Lücking-Michel**, als auch Maria 2.0 etwa wiesen seinen Appell an die Solidargemeinschaft der Gläubigen zurück. Die Solidarität gelte den Opfern und nicht den Verantwortlichen und „einem System, das durch seine Strukturen systemisch den Missbrauch erst hervorgebracht und die Täter teilweise vor Strafverfolgung geschützt hat“ (Pressemeldung von Maria 2.0). Das ZdK begründete seine Ablehnung des Vorschlags Ackermanns außerdem mit der mangelnden Mitbestimmung von Laien; es könne nicht sein, dass Laien für Straftaten von Klerikern haftbar gemacht würden, obwohl sie praktisch keine politische und rechtliche Handhabe besäßen, um Machtmissbrauch zu verhindern. Bischof Ackermann hat seinen Vergleich mit dem durch das Scheitern der PKW-Maut entstandenen Schaden, den ja auch die Solidargemeinschaft der Steuerzahler tragen müsse, inzwischen als „zu salopp und unpassend“ zurückgenommen.

– Der Trierer **Bischof Stephan Ackermann** steht auch noch von anderer Seite unter Druck: Am Tag, nachdem er die Dekrete für die erste Etappe der Umsetzung der von der Bistumssynode beschlossenen Strukturreform, für die Errichtung von 15 Großpfarreien im Bistum erlassen hatte, erreichte ihn ein Schreiben des **Kardinals Beniamino Stella** von der Kleruskongregation, mit dem die Reform bis zur Überprüfung durch Rom ausgesetzt wurde. Es „schlug im Trierer Generalvikariat wie eine Bombe ein“, weiß der „Trierische Volksfreund“ vom 24./25.11.2019 zu berichten. Auch für den Vorsitzenden des Katholikenrats **Manfred Thesing** kommt die verfügte Aussetzung „zum absolut falschen Zeitpunkt“. Gegen das sog. Synodengesetz waren in Rom mehrere Beschwerden eingegangen, von der Initiative „Kirchengemeinde vor Ort“ und der Priestergemeinschaft „Unio Apostolica“. Diese nach eigenen Angaben älteste Priestergemeinschaft der Welt, die im Bistum Trier ca. 50 und

weltweit 500 Mitglieder hat, klagte gegen das Synodengesetz aus theologischen Gründen: Die Umstrukturierung mit ihren Großgemeinden und Leitungsteams höhle das priesterliche Weiheamt aus, das auch den Dienst der Leitung umfasse.

Die Initiative „Kirchengemeinde vor Ort“, die 2017 ausgehend von Prüm in der Eifel gegründet wurde und der sich gewählte Vertreter aus allen Teilen des Bistums Trier angeschlossen haben, argumentiert eher pastoral- pragmatisch. Sie wendet sich gegen die Auflösung der lokalen Gremien und die „Enteignung“ der Kirchengemeinden, wodurch das kirchliche Leben vor Ort mitsamt Ehrenamt „vernichtet“ werde. Der Trierer Bischof ist nun zu einer Stellungnahme aufgefordert. Bis die Kleruskongregation über die Rechtskonformität des Trierer Synodengesetzes entscheidet, können Monate ins Land gehen. Die scharfe Kritik des Katholikenrats an dem römischen Stoppschild in letzter Minute ist mehr als verständlich.